



Unabhängige Bauernzeitung

INFORMATIONEN des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes

Nr. 117/12/16

Wer Fragen stellt, der resigniert nicht. Wer fragt, klagt, bittet, wer aufbegehrt, der hat schon angefangen etwas zu unternehmen gegen das, was ihm und den anderen angetan wird. Heribert Prantl

**Der UBV-Landesverband OÖ ladet ein zum
Landesverbandstag/Jahreshauptversammlung am Sonntag, 8. Jänner 2017**
Devise: 50 % Einkommensminus, was nun?
4722 PEUERBACH – Gasthaus „Urtlhof Peham“ – Urtlgasse 5 – Beginn 10.30 Uhr
Gastreferent: LR Max HIEGELSBERGER (Agrarreferent der oö Landesregierung)
„Welche Entwicklungen nehmen die bäuerlichen Betriebe in OÖ?“
Tagesordnung etc. siehe Seite 13 – KR ÖR Karl KEPLINGER (Landesobmann)
Musikalische Umrahmung – KOMMT – HÖRT – DISKUTIERT!

BELOGEN, DÜPIERT UND VERARSCHT!

Da verspricht man den durch Preiseinbrüche und Wetterkatastrophen schwer geprüften Bäuerinnen und Bauern, ohnehin erst nach längerem Hin und Her, wirksame Hilfe. 168 Mio. Euro bekämen sie, indem ihnen die SVB-Beiträge für das vierte Quartal 2016 erlassen, gutgeschrieben würden. **Dieser Rabatt** sei in einem eigenen Regierungsabkommen festgeschrieben worden. Finanziert würde er – vorläufig – aus den Rücklagen der SV-Bauern. Woraufhin die Obfrau der SVB und LK-Vizepräsidentin ÖKR Theresia MEIER wissen ließ, dass dies aufgrund geltender Gesetze gar nicht möglich sei.

Schon die erste Lüge war, dass in jenem Regierungsabkommen kein Wort von einem Rabatt steht, dafür aber: **„dass nach Veränderung der Marktlage bis spätestens 1.1.2019 die Versicherten-gemeinschaft die Auffüllung der Rücklagen vornimmt.“** Kein Rabatt also, wie die BB-Spitzen hinausposaunten, sondern nur eine Stundung, wie von SPÖ-Seite schon vorher betont worden war.

Düpiert, getäuscht, wurde die Bauernschaft, weil sie gar nicht 168 Millionen als Katastrophenhilfe „geschenkt“ bekam, sondern jetzt nur mehr 90 Millionen erhält, das sind gerade 53 Prozent. Diese werden jedem Versicherten anfangs 2017 gutgeschrieben. *Forts. Seite 3*

AGRARDIESEL NUR SPIEGELFECHTEREI!

Die Wettbewerbsbedingungen für Österreichs Landwirtschaft, für die Bauernbetriebe, auch innerhalb der EU sind ungleich, unfair und bedeuten eine immer größere Benachteiligung. Ein Beispiel dafür ist der „Agrardiesel“, wobei es um mindestens 50 Millionen Euro geht. Seit Jahr und Tag und auch vor Kurzem wieder, fordern selbst jene BB-Repräsentanten, die einst die teilweise Befreiung von der Mineralölsteuer verschuldeten, deren Wiedereinführung. Auch in Resolutionsanträgen der Landwirtschaftskammern, um diese „krasse Benachteiligung im Wettbewerb“ zu beseitigen.

Im Parlament wurde dagegengestimmt, im zuständigen parlamentarischen Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft die Behandlung eines diesbezüglichen Antrages vertagt. Die ranghöchsten Bauernvertreter NR Jakob AUER und NR Hermann SCHULTES haben da zugestimmt und damit dem weiter andauernden Wettbewerbsnachteil für die heimische Landwirtschaft. *Forts. Seite 2*



*Haltet inne, schiebt Arbeit und Sorgen beiseite und genießt frohe
Stunden in Gemeinsamkeit! – Ein besinnliches, gesegnetes
Weihnachtsfest und ein besseres, hoffnungsvolleres neues Jahr
wünschen Euch allen Bu.Obmann ÖR Karl KEPLINGER,
alle UBV-Landesobmänner und die Redaktion der UBZ.*



Da fand nämlich am 5. Oktober 2016 die letzte diesjährige Sitzung des parlamentarischen Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft statt. Unter Vorsitz von NR Jakob AUER standen 14 Tagesordnungspunkte zur Behandlung an. Der Punkt 11 beinhaltete den Antrag auf „Wiedereinführung der Mineralölsteuerbefreiung bei Agrardiesel“.

Er wurde, auch mit Zustimmung von NR Hermann SCHULTES, seines Zeichens Präsident der LK-Niederösterreich und der „LK-Österreich“, VERTAGT. – Vertagt, also nicht behandelt, obwohl die BB-Fraktionen in den einzelnen Landwirtschaftskammern gerade dieses Thema als dringlich in ihren Anträgen und Wortmeldungen bezeichnen. So brachte die BB-Fraktion in der LK-Niederösterreich in der Vollversammlung am 5. Oktober wieder die „**Forderung auf steuerbefreiten Agrardiesel als unverzichtbare Maßnahme, um heimische Bauern in eine faire Wettbewerbsposition zu den europäischen Nachbarn zu bringen**“, ein.

Auch der Präsident der LK-Oberösterreich tritt seit Längerem vehement für die (Wieder)Einführung des Agrardiesels ein. Auch ÖR Franz REISECKER gehört zu den Spitzenfunktionären des österreichischen Bauernbundes, ist sowohl der Stellvertreter von Präsident NR Hermann SCHULTES als auch von Österreichs BB-Präsident NR Jakob AUER.

Wie sagt man zu so einem Verhalten? Wir vom UBV nennen dies pure Spiegelfechtereie, mit der man die Bäuerinnen und Bauern zum Narren hält. Aber das kann man nicht ständig und nicht gegenüber allen. Irgendwann läuft das Fass einmal über!

NEUWAHL DER UBV-BUNDESVERBANDSLEITUNG

Am 22. Oktober fand in Sattledt die satzungsgemäße Neuwahl der Bundesverbandsleitung des Unabhängigen Bauernverbandes statt. Die gegebenen Berichte aus den einzelnen Landesverbänden waren erfreulich und machen Mut in der mühsamen Arbeit zur Erreichung der Ziele des UBV mit vollem Engagement fortzufahren. Das Ziel ist der solidarische, überparteiliche, berufsständische Zusammenschluss aller Bäuerinnen und Bauern und eine ebenso unabhängige Interessenvertretung, um die Anliegen der Bauernschaft nachdrücklich, unbeirrt von parteipolitischen Einflussversuchen und daher wirksam, gegenüber jeder Bundesregierung zu vertreten.

Neu gewählt bzw. wiedergewählt wurden als:

Bundesverbandspräsident:	KR ÖR Karl KEPLINGER – 4184 Helfenberg – OÖ
Bu.Vb.-Stellvertreter:	KR Johann ILSINGER – 8953 Donnersbach – Stmk.
Bu.Vb.-Stellvertreter:	KR Georg ESSL – 5431 Kuchl – Salzburg
Bu.Vb.-Stellvertreter:	KR Manfred MUHR – 9062 Moosbach – Kärnten
Bu.Vb.-Stellvertreter:	Franz DORNINGER – 3261 Wolfpassing – NÖ
Kassier:	KR Hannes WINKLEHNER – 4212 Neumarkt/Mühlkr. – OÖ
Stellvertreter:	KR Stefan WEISS – 5431 Kuchl – Salzburg
Schriftführer:	Stefan WURM – 4623 Gunskirchen – OÖ
Stellvertreter:	Dr. Wilfried WENZL – 8940 Liezen – Stmk.
Kassenprüfer:	Karoline ZAHLBERGER – 4794 Kopfing – OÖ
Kassenprüfer:	Josef KOHLBAUER – 4784 Schardenberg – OÖ
Organisationsreferent:	KR ÖR Johann GROSSPÖTZL – 4771 Sigharting – OÖ

Beiräte sind alle Landeskammerräte aus den Bundesländern: Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Vorarlberg, die UBV-Mitglieder sind.

NUR 18,57 % WÄHLTEN BAUERNBUND

Sonntag, den 6. November waren Kammerwahlen in Kärnten unter neuen Voraussetzungen. Denn ganz bewusst dafür wurde das Kammerwahlgesetz geändert, um schlimme Befürchtungen, hinsichtlich Wahlausgang für Bauernbund und SPÖ-Bauern, zu verhindern. Für diesen Wahlgang waren jetzt auch die Bauernpensionisten und alle am Hof lebenden Kinder wahlberechtigt, was die Zahl der Wahlberechtigten von 50.501 auf 71.989 also um 21.488 oder 42,55 Prozent erhöhte. Aber auch diese Bemühungen fruchteten nicht, denn die Verlierer dieser Wahl waren trotzdem Bauernbund und SPÖ-Bauern. Nur 28.686 Stimmen (2011 = 25.359) wurden abgegeben, das entspricht einer Wahlbeteiligung von lediglich 39,85 Prozent, gegenüber 50,21 Prozent im Jahr 2011.

Davon entfielen auf (in Klammer 2011):

Kärntner Bauernbund	13.367	(13.182)	=	47,15 %	(52,92)	=	18 Mandate	(- 2)
Freiheitliche + Unabhängige	7.322	(5.907)	=	25,83 %	(23,71)	=	9 Mandate	(- 1)
SPÖ-Bauern	3.542	(3.649)	=	12,49 %	(14,65)	=	4 Mandate	(- 1)
SJK-Südkärntner	3.104	(2.173)	=	10,95 %	(8,72)	=	4 Mandate	(+ 1)
Grüne Bäuerinnen + Bauern	1.013		=	3,57 %		=	1 Mandat	

Resümee: Trotz „Kunststücken“ ist dieses Wahlergebnis für den Bauernbund vernichtend ausgefallen. Er verliert die Absolute in der Vollversammlung und es haben ihn nur mehr 18,57 Prozent der Wahlberechtigten gewählt. Dennoch erklärt BB-Präsident NR Jakob AUER:

„Es ist unserer jahrelangen verlässlichen Interessenvertretung zu verdanken, dass knapp die Hälfte der Kärntner Bäuerinnen und Bauern weiterhin dem Bauernbund die Treue hält... Dass man mit seriöser, nachhaltiger Interessenpolitik mit großer Mehrheit das Vertrauen der Bauernschaft auf seiner Seite hat, ist ein Treuebeweis, der nur dadurch gemindert wird, dass die Absolute diesmal verloren ging.“ (BLW 45 vom 11.11.2016)

INAKZEPTABLE ANWÜRFE DES FINANZMINISTERIUMS

Am 28.9.2016 brachte das Präsidium der oö Landwirtschaftskammer unter anderen den Antrag ein, „Rückläufige Bauerneinkommen erfordern wirksame Entlastungsschritte“. Unter Hinweis auf das vierte Einkommensminus in Folge und weil sich keine Entspannung abzeichnet, **fordert die Vollversammlung weiterhin mit Nachdruck die Umsetzung einer Mineralölsteuerentlastung für Agrardiesel** sowie die rasche Umsetzung des Entfalls der SVB-Beiträge viertes Quartal 2016.

Der Vollversammlung vom 16. Dezember 2016 brachte Präsident ÖR Ing. Franz REISECKER die Antwort aus dem Finanzministerium zur Kenntnis, in der es heißt:

„Die im Jahr 2005 eingeführte Regelung eines steuerbegünstigten Agrardiesels ist Ende 2013 ausgelaufen, unter anderem aus budgetpolitischen, aber auch aus Gründen der fehlenden Kontrollmöglichkeit... Fast alle Land- und Forstwirte beanspruchten die Vergütung nach einer pauschalen Berechnung – **ohne dass ein Nachweis über die tatsächliche Verwendung des Dieseltreibstoffes gefordert war. Die ‚Vergütung‘ eines Teiles der Mineralölsteuer, die unbestritten teilweise gar nicht entrichtet worden ist (z.B. durch treibstoffsparende Bewirtschaftung oder Verwendung von Biodiesel oder der illegalen Verwendung von Heizöl) widerspricht jedoch diametral dem Grundsatz der Steuergerechtigkeit...** Letztlich ist anzumerken, dass Österreich ohnehin einen der allerniedrigsten Dieselsteuersätze in Europa hat, sodass eine zusätzliche spezielle Begünstigung für bestimmte Branchen weder notwendig noch zweckmäßig ist. Die (Wieder)Einführung eines steuerbegünstigten Agrardiesels ist daher aus den genannten Gründen abzulehnen. Des Weiteren steht die Förderung des Verbrauchs von Dieselmotorkraftstoff zudem im Widerspruch zur nachhaltigen Ausrichtung der österreichischen Landwirtschaft.“

Auf die beantragte „rasche Umsetzung des einmaligen Entfalls einer SVB-Quartalszahlung“ als wirksame Entlastungsmaßnahme nahm der Antwortbrief keinen Bezug!

DIE LK-VOLLVERSAMMLUNG AM PRANGER

Die im Antwortschreiben des Finanzministeriums erhobenen Beschuldigungen wiegen schwer. Da geht es im Zusammenhang mit Agrardiesel um Unkorrektheit, Missachtung von Steuergerechtigkeit und gleichsam Vorschubleistung von finanzstrafrechtlichem Tatbestand. Dies einer gesetzlichen Interessenvertretung auf eine sachlich gerechtfertigte Forderung vorzuwerfen ist unsachlich und darf nicht unwidersprochen hingenommen werden. Nicht nur der UBV muss verlangen, dass die Interessenvertretung bei Finanzminister SCHELLING vorstellig wird und gegen eine derartige Ablehnung eines Resolutionsantrages umgehend heftig und wirksam protestiert, denn diese Darstellung ist falsch.

Man deckelt mit 50 Mio. Euro die teilweise Treibstoffsteuerrückvergütung bei Agrardiesel und erhebt den Vorwurf, dass ein detaillierter Nachweis über dessen Verwendung nicht „gefordert war“. Auch wird als Ablehnungsgrund angeführt die Mineralölsteuerbefreiung bei BIO-Diesel, obwohl diese doch sicher in Regierung und Parlament beschlossen wurde und „man“ (Mag. Heidrun ZANETTA) schreibt, **„unbestritten ist die illegale Verwendung von Heizöl“**. Dies ist ein finanzstrafrechtlicher Tatbestand, den das Finanzministerium aus Eigenem unterbinden kann. Die Strafen sind seit Jahr und Tag rigoros und hart, in Geld und mit Konfiskation des Fahrzeuges.

BURGENLAND:

WEINFLÄCHEN MASSVOLL ERWEITERN!

Für das Burgenland hat die Weinwirtschaft eine wichtige ökonomische Bedeutung. Dies zeigt eine Untersuchung des „Institutes für Höhere Studien“. Insgesamt sind rund 7.400 Menschen in der Weinwirtschaft tätig und das entspricht über sechs Prozent der gesamten Beschäftigten. Durch die Weinwirtschaft wird eine Brutto-Wertschöpfung von 234 Millionen Euro generiert, das sind 3,4 Prozent der gesamten burgenländischen Wertschöpfung.

Untersucht wurde dabei das Jahr 2014, wo die Ernte jedoch gering ausgefallen ist. Deshalb sind die hier präsentierten Zahlen als zu pessimistisch, zu niedrig angesetzt, anzusehen. Die tatsächliche Wertschöpfung in einem Normaljahr dürfte nach Ansicht von Praktikern um etliches höher liegen.

Der heurige mehrtägige Spätfrost im Frühjahr verursachte extreme Ertragsausfälle, die in mehrfacher Hinsicht als katastrophal anzusehen sind. Zum einen durch die ruinösen Einkommensverluste der Winzer, zum anderen gefährden die reduzierten Umsätze Arbeitsplätze und schmälern die Exportchancen. Deshalb kommt nun auch der Appell von Österreichs oberstem Weinvermarkter, Willi KLINGER. Der Chef des österreichischen Weinmarketings schlägt vor, „die Anbauflächen in guten Lagen maßvoll zu erweitern“, Optimisten innerhalb der Winzer sind diesem Appell bereits gefolgt, wiewohl ähnliche „Ratschläge“ in der Vergangenheit schon kräftig in die Hosen gingen.

NEUES JAGDGESETZ ERZEUGT UNMUT

Der Entwurf eines neuen Jagdgesetzes, den Agrarlandesrätin Verena DUNST initiierte und mit dessen Vorbereitung schon im Vorjahr eine Expertengruppe betraut wurde, sorgt für vielfachen Unmut unter den Betroffenen. Nach dem Jagdverband kritisieren auch Bäuerinnen und Bauern das nun vorgestellte Ergebnis. Hauptkritikpunkt von Letzterem ist die zehnpromtente Zweckbindung des Jagdpachtes für „wildschadenverhütende Maßnahmen“, die aber überhaupt nicht definiert sind. Nur soviel steht im Entwurf, dass im Falle keiner Einigung zwischen Jagdausschuss und Jagdpächter betreffend Wildschaden-Verhütungsmaßnahmen, der jeweilige Bezirkshauptmann darüber entscheiden soll. Generell sollen außerdem 10 % vom geschätzten Wildschaden als Selbstbehalt gelten. Sollte überdies ein Fütterungsverbot für Schalenwild in das Gesetz aufgenommen werden – wovon die Rede ist – so ist bei gleichbleibend hohem Wildbestand mit zunehmenden Wildschäden zu rechnen. Abgelehnt wird auch die geplante Haftungsobergrenze für Wildschäden, wobei diese bei einem 1.000 Hektar großen Revier mit 20.000 Euro gedeckelt ist. Für jeweils weitere 1.000 Hektar kommen dann lediglich nur noch 10.000 Euro hinzu. Der ganze Entwurf, so das Empfinden großer Teile der Bauernschaft, geht in Richtung stille Enteignung und es werde mit diesem Entwurf zu einem neuen Jagdgesetz ein Keil zwischen Bauernschaft und Jägerschaft getrieben. Noch ist alles ein Entwurf, aber „der Hut brennt“ schon.

„WACHSEN ODER ZUSPERREN“!

So titelte anfangs Dezember der „KURIER“ einen agrarischen Bericht. Diesem Motto entsprechend will in Frauenkirchen die Firma „Perlinger Gemüse“ ein 14 Hektar großes Gewächshaus errichten. Sogleich organisierte sich eine Bürgerinitiative, der es um einen Standortwechsel und um die Offenlegung aller Fakten geht. Von Seite der bäuerlichen Interessenvertretung sind keinerlei Reaktionen bekannt. Lediglich von den „GRÜNEN“ und den NEOS wird an diesem Vorhaben Kritik geübt.

FRITZ MEIXNER

NIEDERÖSTERREICH:

AUS DER BBK WAIDHOFEN/YBBS

Zur Vollversammlung am 8. November haben die UBV-Kammerräte zwei Anträge eingebracht und sie waren überrascht wie freundlich und respektvoll diese Vollversammlung, ganz im Gegensatz zu vorangegangenen, verlaufen ist. War es der Ernst der Situation in der sich der Großteil der Bauernschaft befindet, der in einer berufsständischen Interessenvertretung eigentlich ohnehin das „übliche“ Hick-Hack verbietet? Oder war es etwa die Anwesenheit der Vizepräsidentin der Landes-Landwirtschaftskammer NÖ die dies bewirkte? Auffallend für mich, dass ich schon in der vorangegangenen Hauptausschuss-Sitzung der BBK über unsere Anliegen und Anträge befragt wurde, was wahrscheinlich schon entsprechend geplant war. Aber wir werden ja noch sehen ob dies nur berechnendes Kalkül, oder der Beginn eines echten Meinungsumschwunges uns gegenüber war. Angesichts dessen kam dann auch nicht überraschend, dass unsere beiden Anträge angenommen und in eine gemeinsame Resolution eingebunden wurden, die an LK-Präsident SCHULTES weitergeleitet wurde.

Die zwei Anträge lauten:

1. **„Wir fordern die Vollversammlung auf, sich für die Aufhebung der Katzen-Kastrationspflicht in bäuerlicher Haltung einzusetzen.“** – Begründung: Gleichsam als schlechter Aprilscherz wurde am 1. April 2016 die Kastrationspflicht auch auf Katzen in bäuerlicher Haltung ausgeweitet. Danach sind nur mehr „Wohnungskatzen“ und Zuchtkatzen von dieser Verpflichtung ausgenommen. Weil auf einem bäuerlichen Betrieb Katzen jedoch unerlässlich notwendig sind, müssten diese ab sofort – mit zweifelhaftem Erfolg – zugekauft werden.
2. **„Wir fordern die Vollversammlung auf, sich bei den zuständigen Stellen im Land NÖ für die Erhaltung der ‚Landwirtschaftlichen Fachschule Unterleiten‘ einzusetzen.“** – Begründung: Die benötigten Gelder für die Zusammenlegung der landwirtschaftlichen Fachschulen könnten sinnvoller eingesetzt werden. Einerseits für Verbesserungen in bestehenden Schulen, andererseits für Maßnahmen, um dem drohenden Rückgang der Schülerzahlen durch Strukturwandel, entgegenzuwirken. Die Schließung landwirtschaftlicher Fachschulen ist wohl das Gegenteil der geforderten „Stärkung des ländlichen Raumes“.
Die LFS-Unterleiten ist eine beliebte, bestens geführte Schule ohne sinkende Schülerzahlen. Auch die baulichen Anlagen sind in gutem Zustand. Lediglich Investitionen in die Küche wären dringend erforderlich. Wir bekennen uns sehr wohl zu Einsparungen, aber dort wo dies sinnvoll ist.

Und Verantwortung übernimmt niemand?

„Bauernbundvertreter und deren Wähler müssten jetzt auch Verantwortung übernehmen für die derzeitige katastrophale Situation in der Landwirtschaft. Wo sind die pensionierten bzw. ausgeschiedenen Bauernbundfunktionäre, die uns diesen Weg „aufbereitet“ haben? Jahrzehnte dieselben schlechten Erzeugerpreise für Holz, Getreide, Obst, Fleisch und Milch, ohne Inflationsanpassung. Haben sich dies alles die Bäuerinnen und Bauern, die hauptsächlich für die tolle kulturelle Entwicklung der Dörfer und für die Pflege der Landschaft verantwortlich waren und sind, selbst zuzuschreiben?

Aufgabe der Treibstoffrückvergütung und der Mutterkuhprämie, Umschichtung der Bauerngelder zugunsten der ländlichen Entwicklung, ausufernde Bürokratie, Erhöhung der Einheitswerte trotz vierjähriger Einkommensverluste, ersatzlose Abschaffung der Milchquote und anderes mehr. All das trägt die Handschrift des Bauernbundes, ist seine Verantwortung. Gespannt verfolgen wir die Diskussion um Stundung oder Erlassen von Sozialversicherungsbeiträgen und über die Wiedereinführung der Mineralölsteuer-Rückvergütung. Wiewohl sogar Wirtschaftsmanager vor TTIP und CETA warnten, ist unser oberster Interessenvertreter NR-Präsident SCHULTES für diese Vertragsabschlüsse.

Die Produktion steigern, Nischen finden, innovativ sein, das sind die Ratschläge unserer Bauernvertreter. Aber allein damit, mit Wachstum und Zweitberuf **OHNE kostengerechte Preise, wird der größte Teil der bäuerlichen Familienbetriebe nicht überleben können.** Mit Lebensqualität, Gesundheit und Wertschätzung der Bauernarbeit hat dies alles nichts mehr zu tun.

Können die gut bezahlten bäuerlichen Interessenvertreter überhaupt noch die Sorgen, die Nöte, die Probleme aktiver Bäuerinnen und Bauern auf ihren Höfen nachvollziehen – verstehen? – Wir, der Unabhängige Bauernverband, haben als gemeinsame Fraktion in NÖ, in den Landwirtschaftskammern viele für unseren Berufsstand wichtige Themen nicht nur angesprochen, sondern auch dazu entsprechende Anträge in den Vollversammlungen eingebracht. Sie wurden meist abgelehnt oder Ausschüssen zugewiesen, wo sie verkümmern. Wir werden nicht müde diese Arbeit im Interesse ALLER Bäuerinnen und Bauern fortzusetzen, auch wenn dies meist sehr mühsam ist und aufgrund der Dominanz des Bauernbundes innerhalb der Interessenvertretung bisher nur Teilerfolge brachte.“ – In Sorge über die derzeitige Lage in der Landwirtschaft – die UBV-Kammerräte Hubert BUCHINGER, Josefa FUCHSLUGER, Erich GRUBER, Maria HOCHBICHLER und Leopold SPREITZER. (Etwas verkürzte Wiedergabe einer UBV-Presseaussendung, mit Foto, erschienen in „Der Bote von Ybbs“ sowie in den „NÖ Nachrichten“, die eine Gegendarstellung des Teilbezirks-BB-Obmannes Anton KASSER anfügten.)

CA. 40 PROZENT HÖHERE EINHEITSWERTE

Bisher wurden etwa 80 bis 90 Prozent der neuen Einheitswertbescheide zugestellt. Diese lassen den Schluss zu, dass sich in unserem Bezirk eine Erhöhung um etwa 40 Prozent ergibt. Ich habe den Eindruck, dass die Auswirkungen davon auf die Betriebe und Familien vielen Bäuerinnen und Bauern noch immer nicht bewusst sind. – Die Argumentation seitens des Bauernbundes bezüglich der daraus folgenden Erhöhung der ohnehin schon schergewichtigen Sozialversicherungsbeiträge lautet, dass dadurch die Bäuerinnen/Bauern ja auch eine höhere Pension bekommen. – Aber werden sie bis dahin, bzw. ihre Hofnachfolger auch diese Belastungen verkraften?

ALLES HUBERT BUCHINGER

„BAUERNSTAMMTISCH“ IM BEZIRK SCHEIBBS

Für diesen Bauernstammtisch, Mitte November, wurde ganz bewusst ein schöner Mostheuriger an der Bezirksgrenze ausgewählt um Fühler in eine Richtung auszustrecken, wo der UBV noch kaum bekannt ist. Wieder einmal von Erich ZAHNT und den Seinen bestens vorbereitet, berichteten eingangs die UBV-Kammerräte von ihrer sehr schwierigen Arbeit in der Landwirtschaftskammer, im Interesse aller Bäuerinnen und Bauern. Weil der UBV ja keine Partei ist, haben seine Vertreter keinerlei Berührungsängste oder Vorbehalte gegenüber ihren Berufskollegen. Dennoch werden meistens die sachlich begründeten Anträge schon aus Prinzip von der BB-Fraktion abgelehnt. Das macht die Arbeit so mühsam. Deshalb luden auch die UBV-Kammerräte die Anwesenden ein, sich die öffentlichen Vollversammlungen anzusehen und anzuhören, um sich selbst davon zu überzeugen, wie so eine Vollversammlung abläuft.

Wissenswertes zum Thema „Einheitswert-Neu“ wusste Leo OBERMAIER, UBV-Kammerrat in der BBK Lilienfeld, zu berichten. Weil auch viele Interessierte und noch nicht Mitglieder des UBV anwesend waren, hielt der weit über die Grenzen seiner engeren Heimat auch als Musiker bekannte „Alt-UBV-Funktionär“ Erich ZAHNT ein Kurzreferat über die Geschichte, Wesen und Zielsetzung des **Unabhängigen** Bauernverbandes.

In der Diskussion ging es vor allem um die neuen Einheitswerte, aber auch um TTIP, CETA, um Palmöl, um die Schließung landwirtschaftlicher Fachschulen und manch anderes. Die Veranstalter und die Wirtsleute freuten sich über den guten Besuch und das rege Interesse an dieser Informationsveranstaltung. Denn sachliche, um Objektivität bemühte berufsständische Informationen stehen seit jeher im Mittelpunkt all dieser „Bauernstammtische“. Die Zugabe waren auch hier etliche Neubeitritte zum UBV.

LK-VOLLVERSAMMLUNG VOM 5.12.2016

In dieser Landes-Landwirtschaftskammer-Vollversammlung brachte die Listengemeinschaft FB/UBV insgesamt sieben Dringlichkeitsanträge ein, von denen lediglich einer auch die Zustimmung der BB-Mehrheit fand. – Dem Voranschlag 2017 stimmten die sechs UBV/FB-Kammerräte nicht zu. Die Begründung hiezu lautete: Das Minus wird mit 2,05 Mio. Euro veranschlagt, das ist zwar geringer als im Vorjahr, jedoch trotzdem noch sehr hoch.

Während viele Bäuerinnen und Bauern auf ihren Höfen mit Existenzproblemen zu kämpfen haben, steigen die Personalkosten in der LK immer weiter an, obwohl die Betriebe Jahr für Jahr weniger werden. Gleichzeitig werden den Pflichtmitgliedern immer mehr Beratungsleistungen verrechnet, was in keiner anderen Interessenvertretung üblich ist. Der vom BB-Kammerpräsidium eingebrachten Resolution haben wir nur in Teilen zugestimmt.

Die sieben UBV/FB-Anträge lauten:

1. **„Wir fordern die Vollversammlung auf, sich im Land NÖ für die Erhaltung aller landwirtschaftlichen Fachschulen einzusetzen.“ – Antrag von BB-Mehrheit abgelehnt.**

Begründung: Wegen sinkender Schülerzahlen sollen von den 18 landwirtschaftlichen Fachschulen in den nächsten fünf Jahren sechs geschlossen werden. Laut einer Studie wird in NÖ im Zeitraum 2013 bis 2025 die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 40.000 auf 30.000 sinken! Man nimmt also die Zahlen dieser Studie als unveränderbar hin und schließt Schulen die gut wirtschaften, die ausgelastet sind und in die viel investiert wurde. Für das Zusammenlegen und für die Modernisierung der Standorte will das Land 100 Mio. Euro investieren.

2. **„Wir fordern die LK-Niederösterreich auf, sich für die Herausnahme der Ausgleichszahlungen aus der Einheitswertberechnung und für die Rücknahme dieser EW-Erhöhung einzusetzen.“ – Antrag von BB-Mehrheit abgelehnt.**

Begründung: Die Anrechnung der öffentlichen Gelder zum Ertragswert ist fachlich nicht begründbar. Sie wäre nur dann gerechtfertigt, wenn auch die gesunkenen Erzeugerpreise in die Berechnung des Ertragswertes eingeflossen wären. Auch die Erhöhung des Hektarhöchstsatzes auf 2.400 Euro ist mit sinkenden Erzeugerpreisen ohne Ausgleich durch öffentliche Mittel nicht erklärbar. Somit ist der Zuschlag für öffentliche Gelder gemäß §35 Bewertungs-Gesetz nicht gerechtfertigt.

3. **„Die LK-NÖ fordert Minister RUPPRECHTER auf: Bevor es in Österreich zu neuen Tierschutzaufgaben, Tierschutzgesetzen kommt, sollte dafür Sorge getragen werden, dass alle anderen EU-Mitgliedsstaaten gleiche Tierschutzkriterien haben. Gleichzeitig muss dafür gesorgt werden, dass sämtliche Importlebensmittel zu denselben Kriterien und Auflagen hergestellt werden, wie in Österreich.“ – Dem zuständigen Ausschuss zugewiesen.**

Begründung: Die Anforderungen die seitens der Gesellschaft und von selbsternannten Experten an die Tierhalter gestellt werden, sind immer höher und praxisuntauglicher. Gerade in der aktuellen, preislich ohnehin sehr angespannten Situation, sind weitere Verschärfungen des Tierschutzgesetzes für die landwirtschaftlichen Betriebe nicht tragbar.

4. **„Wir fordern eine Vereinfachung des Sachkundeausweises Pflanzenschutz. Die LK Niederösterreich möge sich einsetzen für eine bundesweit einheitliche Regelung betreffend Kosten, Zugang und Verwaltung. – Ebenso sollten die Ausweise in jedem Bundesland anerkannt werden, die Kurskosten gesenkt, der Zugang zu den Kursen erleichtert und die Kursdauer verkürzt werden.“ – Dem zuständigen Ausschuss zugewiesen.**

Begründung: Unterschiedliche Verordnungen in den Bundesländern führen zu vielen Problemen und verunsichern. So darf z.B. ein Wiener Pflanzenschutzausweis in NÖ verwendet werden, umgekehrt aber nicht. Ähnliche Probleme gibt es im Grenzgebiet zur Steiermark und dem Burgenland. Ebenfalls sachlich nicht begründbar sind Unterschiede bei der Ausbildung, den Kosten und bei Strafbestimmungen hinsichtlich Zuwiderhandlungen.

5. **„Die Vollversammlung der LK-NÖ fordert die Bundesregierung auf, die Russlandsanktionen auszusetzen und das aufrechte Einreiseverbot für den russischen Landwirtschaftsminister Alexander TKATSCHOW aufzuheben.“ – Dem Ausschuss zugewiesen.**

Begründung: Das Verhältnis USA zu Russland bessert sich und auch Außenminister KURZ spricht sich für eine Lockerung der Sanktionen aus. So ist auch das Einreiseverbot für den russischen Landwirtschaftsminister nicht erklärbar. Russland könnte wieder ein wichtiger Partner für die Abnahme von Zuchtvieh, Schlachtschweinen und Milchprodukten sein.

6. **„Die LK-Niederösterreich solle auf die Bundesregierung dahingehend einwirken, dass der SVB-Beitragsrlass für das 4. Quartal 2016 für alle Bauern gilt.“ – Einstimmige Annahme.**

Begründung: Die katastrophale Einkommenssituation trifft alle Bauern gleich. Der vom Ministerrat gefasste Beschluss führt nur zu einem Auseinanderdividieren der Bauernschaft und stellt eine Ungleichbehandlung dar.

7. „Die Vollversammlung solle rasch einen Ausschuss einrichten, zusammengesetzt aus allen Fraktionen, um Vorschläge für das Nachfolge-Förderprogramm 2020 zu erarbeiten.“ – Dieser Antrag fand keine Mehrheit und wurde abgelehnt.

Begründung: Die aktuelle Situation zeigt, schnelles Handeln ist nötig. Die Vergangenheit zeigt, dass die Ausarbeitung eines neuen Programms sehr zeitaufwendig ist. Deshalb bereits jetzt an der Ausarbeitung eines neuen Förderprogramms 2020 arbeiten.

Die sieben Anträge wurden eingebracht von den Landeskammerräten FRÖSCHL Alois, HÖBINGER Rudi, HÖLLMÜLLER Herbert, HUBER Karl, MITMASSER Manfred und SCHMIED-LECHNER Peter. (Alphabetische Reihenfolge)

Aus den zwei BB-Resolutionen

Die vom Präsidium als BB-Antrag eingebrachte Resolution „Ausbildung in der Land- und Forstwirtschaft in NÖ“ fand nur in Teilen die Zustimmung der UBV/FB-Fraktion und wurde folglich von ihr wegen mehrfacher Widersprüche abgelehnt.

So heißt es gleich im ersten Absatz: „Das Interesse der Bäuerinnen und Bauern zeigen die Teilnehmerzahlen sowohl in der Weiterbildung, als auch die Schülerzahlen in den Fachschulen an.“ Es ist ein Widerspruch dann Fachschulen aufzulassen. – Oder: „Die Anforderungen und Herausforderungen in der Land- und Forstwirtschaft ändern sich immer rascher, Strategien in der Betriebs-sicherung und Entwicklung werden immer vielfältiger.“ Das verträgt sich nicht mit Planungssicherheit, Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit in Aussagen und macht nachhaltiges Bewirtschaften unmöglich. – Begrüßenswert bzw. als geradezu selbstverständlich anzusehen sind die Forderungen: Alltagsökonomie ist als Unterrichtsfach in allen Pflichtschulen (Hauptschule, Mittelschule, Gymnasium etc.) aufzunehmen. – Weiterführende Ausbildungen zur Meisterprüfung oder Matura müssen allen offen stehen. – Die inhaltlichen Konzepte zur Weiterentwicklung der LFS sind unter Einbindung aller Betroffenen, einschließlich der Bäuerinnen und Bauern, zügig zu erarbeiten.

Im letzten Absatz der zweiseitigen Resolution heißt es: **„Die NÖ-Landwirtschaftskammer verlangt, dass die Umsetzung in den nächsten fünf Jahren einem berechenbaren Zeitplan folgt, der die Besonderheiten jedes einzelnen Standortes berücksichtigt – für jede Schule individuell entwickelt und als Teil des Gesamtkonzeptes umsetzt.“**

Die sehr umfangreiche zweite BB-Resolution wurde mit Stimmenmehrheit, bei Stimmenthaltung der UBV/FB-Fraktion beschlossen. Auf über drei Seiten beinhaltet sie 16 Forderungen, von denen die nachfolgenden Beachtung und Aufmerksamkeit verdienen.

- ❖ **Forderungen zur GAP:** „Im kommenden Jahr sind konkrete Überlegungen der EU-Kommission zu GAP 2020+ zu erwarten. Aufgaben und Bedeutung der Landwirtschaft nehmen zu. Eine ausreichende Dotierung der GAP als Basis für eine wettbewerbsfähige, nachhaltige und bäuerliche Landwirtschaft, muss daher auch für die Zukunft gewährleistet sein.“
- ❖ **Zur bäuerlichen Sozialversicherung:** „Der Entfall des 4. Quartalbeitrages 2016 ist, wie von der Regierung grundsätzlich zugesagt, sofort für alle Betriebe umzusetzen. Der von Minister STÖGER eingebrachte Gesetzesentwurf ist inakzeptabel und daher umgehend zu korrigieren. Die Mittel aus dem GSBG dürfen nicht an andere Sozialversicherungsträger verschoben werden.“
- ❖ **Forderung zum steuerbefreiten Agrardiesel:** „Die steuerliche Begünstigung von Diesel für den Einsatz in der Landwirtschaft ist eine unverzichtbare Maßnahme, um heimische Bauern in eine faire Wettbewerbsposition zu europäischen Nachbarn zu bringen.“
- ❖ **Verankerung einer Dachorganisation für die Landwirtschaft:** „Für eine starke Stimme der Land- und Forstwirtschaft insgesamt, von der bäuerlichen Produktion bis zur Verarbeitung und Vermarktung, ist die Schaffung und Verankerung einer **„Bundeslandwirtschaftskammer“** auf gesetzlicher Grundlage **ohne Verfassungsbestimmung**, so wie im Koalitionsübereinkommen vereinbart, umgehend umzusetzen. Die LK-Österreich ist in Richtung einer breiten Branchenvertretung der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft weiter zu entwickeln. Ziel muss die Gewährleistung einer Interessenvertretung auf Augenhöhe mit allen Dialoggruppen sein und damit für die Österreicherinnen und Österreicher Sicherheit bieten, auch in Zukunft Ernährung, Energie und Erholung aus Bauernhand zu erhalten.“ (Anm.: Was steht noch im Koalitionsübereinkommen?)
- ❖ Aufgrund der aktuellen Marktentwicklung im Milchbereich fordert die Vollversammlung, dass die EU-Kommission mit der Auslagerung der Interventionsbestände nicht zu früh beginnt und kein neues Marktgleichgewicht herbeigeführt wird. Die Zusammenführung der Verarbeitungsgenossenschaften zu wirksamen Einheiten muss rasch vorangetrieben werden.

DIE NEU GEWÄHLTE LANDESLEITUNG

Am 11. Dezember fand in Oberegging die Jahreshauptversammlung des Landesverbandes NÖ, Burgenland und Wien statt. Im Mittelpunkt stand die Neuwahl der Landesverbandsleitung, die folgendes Ergebnis brachte:

Mit einer Gegenstimme wurde als neuer Obmann gewählt Franz DORNINGER (42), bewirtschaftet im Vollerwerb einen 50 ha-Grünland-Ackerbaubetrieb in Wolfpassing – Bezirk Scheibbs-Mostviertel,

OSTv.: Herbert HOCHWALLNER – Mostviertel	OSTv.: Robert EDER – Bez. Melk
OSTv.: Gerhard FUGER – Waldviertel	OSTv.: Friedrich MEIXNER – Burgenland
Kassier: Hubert BUCHINGER – Bez. Waidh./Y.	Stv.: Peter OFFENBERGER – Bez. Scheibbs
Schriftf.: Erwin NETZL – Weinviertel	Stv.: Alois FRÖSCHL – Mostviertel
Re.Prüfer: Hermann KOGLER – Mostviertel	Stv.: Erwin RUPP-PÖCKL – Waldviertel

Der neue Obmann sprach dem scheidenden Landesobmann Peter SCHMIEDLECHNER für seine bisher geleistete, nicht einfache Arbeit für den UBV, namens der Jahreshauptversammlung einen aufrichtigen Dank aus. Als kleines DANKE überreichte er ihm einen Obstbaum.

Auf Anfrage betonte Obmann DORNINGER, dass es eine der allerersten Aufgaben des Landesvorstandes sein werde sichtbar zu machen, dass die Listengemeinschaft in den NÖ Landwirtschaftskammern aus Freiheitlicher Bauernschaft (FB) UND Unabhängiger Bauernverband (UBV) besteht. – Bei schönem Wetter und besten Fahrverhältnissen blieb dennoch die Teilnahme an dieser Jahreshauptversammlung unter den Erwartungen. Eigentlich müsste ein Dabeisein an der wesentlichsten Jahresveranstaltung des UBV, für Mitglieder selbstverständlich sein. Denn die Jahreshauptversammlung ist allein jenes Gremium das Anträge annimmt oder ablehnt, Vorhaben gutheißt oder verwirft, Beschlüsse fasst, Verbandsarbeit und Zielsetzung festlegt.

SALZBURG:

VÖLLIG UNDEMOKRATISCH UND UNKOLLEGIAL

Echtes Demokratieverständnis heißt, auch den Schwächeren – eine Minderheit – zu akzeptieren und zu Wort kommen zu lassen. Innerhalb einer Interessenvertretung, in der Parteipolitik keine Rolle spielen dürfte, sollte eigentlich berufsständische Kollegialität über unterschiedliche berufsständische Auffassungen hinweg, das Verbindende sein. Nicht so in der Chefetage der Redaktion „Salzburger Bauer“. Auch jüngst bekam dies die UBV-Fraktion wieder zu spüren, wiewohl der UBV bei der letzten LK-Wahl auf fast 19 % der abgegebenen Stimmen kam. Wir sind noch immer der Laune des Chefredakteurs, oder jener seines Chefs ausgeliefert, ob eine unserer Versammlungen im Informationsblatt „Salzburger Bauer“ korrekt und vollinhaltlich angekündigt wird! Bei angekündigten Krampusläufen, Kochkursen, oder Gstanzlsingen gibt es diesbezüglich überhaupt keine Probleme. Anders bei der Ankündigung der UBV-Jahreshauptversammlung, die auf ein inakzeptables Minimum verkürzt wurde. Weder das Thema der Veranstaltung noch der Referent, ja nicht einmal der Veranstaltungsort wurden korrekt veröffentlicht. Echtes Demokratieverständnis – also Gleichbehandlung – scheint es bei den Verantwortlichen nicht zu geben.

Gemeinsamer Antrag von UBV, FB und SPÖ

Deshalb stellten wir in der letzten Vollversammlung einen gemeinsamen Antrag, dass auch Veranstaltungen der Minderheitsfraktionen im vollen Umfang im Salzburger Bauer veröffentlicht werden müssen. Dieser Antrag sollte daraufhin in der nächsten Vorstandssitzung beraten, diskutiert, beschlossen oder abgelehnt werden. Das Mandatsverhältnis im Vorstand lautet fünf Bauernbündler zu einem UBV-Kammerrat. Je ein Vertreter von FB- bzw. SPÖ-Bauern sind nicht stimmberechtigt. Wie die Entscheidung der BB-Mehrheit ausgefallen ist, hoffe ich in der nächsten UBZ-Folge berichten zu können.

„Toller“ Vortrag – Besuch unter Erwartung

Meine Erwartungen lagen höher. Deshalb schreibe ich „leider“ konnten wir mit dem Thema „Wachsen oder Weichen, ist das die alternativlose Zukunft unserer Landwirtschaft“, mit dem Referenten Ludwig HUBER, Landwirtschaftsdirektor und Unternehmensberater der AELF Traunstein nur etwa

80 Besucher für diese Veranstaltung motivieren. Das ist für mich etwas unverständlich, denn es geht bei diesem Thema ja um nicht weniger als um unsere und unserer Jugend Zukunft. Aber gerade dieser scheint nicht mehr sehr viel an der Landwirtschaft und deren Zukunft zu liegen.

Der Vortragende kennt die Einkommenssituation in der Landwirtschaft bestens. Seit über 30 Jahren wertet er die Buchführungsergebnisse „seiner“ landwirtschaftlichen Betriebe aus, ist mit deren Ergebnisse (Zahlen) bestens vertraut. So waren die von ihm vorgetragenen Vergleichszahlen überaus interessant. Darin wurden die verschiedenen Betriebsgrößen, vom 30- bis zum 100-Kuhbetrieb verglichen.

Gerade für die österreichischen bäuerlichen Milchkuhbetriebe, die unter das Segment kleinere und mittlere Betriebe fallen, ist die Feststellung des Vortragenden überaus interessant, **dass Betriebsgröße nicht das Entscheidende ist**. Denn im Vergleich, bayerische Milchkuhbetriebe mit 30 Kühen zu 100-Kuhbetrieben in Norddeutschland, schnitten die bayerischen Betriebe wesentlich besser ab. Sie erzielten je Kuh einen Gewinn von 1.100 Euro, während ihre norddeutschen Kollegen gerade 400 Euro Gewinn schafften.

Erstaunlich für viele Anwesende war auch die Erkenntnis von Dir. HUBER, dass der Gewinn bei den Schwarzbunte-Herden deutlich geringer ausfiel als bei Fleckvieh. Denn, so der Vortragende, Schwarzbunte können die Mindereinnahmen beim Kälber- und Schlachtkuhverkauf nicht mit der Mehrmenge bei Milch wettmachen.

Die anschließende Diskussion war rege und vielfältig. Ihr stellten sich am Podium Dir. Ludwig HUBER, Bertl NEUBAUER von der IG-Milch und UBV-Obmann Georg ESSL. Nicht von ungefähr war die Situation der IG-Milch ein Hauptthema. Denn einen Milcherzeugerpreis von 18 Cent kann kein Milchkuhbetrieb auf längere Zeit durchhalten. NEUBAUER erklärte die derzeitige schwierige Lage der IG-Milch, denn es gibt Spannungen innerhalb der Mitglieder und mit der „Freien Milch“ ist man bedauerlicherweise gescheitert. Deren Lieferanten bei anderen Molkereien unterzubringen ist aus bekannten Gründen schwierig.

FINANZAMT FORDERT 200.000 EURO

Die Sache ist nicht neu, schon seit Jahren anhängig aber für die IG-Milch nichtsdestoweniger unerfreulich. Besondere Freunde der IGM hatten augenscheinlich beim Finanzamt interveniert, hinsichtlich der Bonuszahlungen von 10 Cent je Liter „Faire Milch“ an deren Lieferanten. Denn das kann ja wohl nicht sein, dass da ein Irgendjemand mit neuen Ideen am Milchmarkt Fuß fasst. Meinen Informationen zufolge, vollzog das zuständige Finanzamt (über Weisung?) in Sachen Steuern einen hundertprozentigen Schwenk und fordert von der IGM über 200.000 Euro an Steuern zurück.

AUS DER LK-VOLLVERSAMMLUNG AM 2.12.16

Und manchmal wird das scheinbar Unmögliche doch noch möglich. Der UBV-Antrag betreffend „Aufhebung der Kastrationspflicht für Katzen auf Bauernhöfen“, wurde nach anfänglicher Ablehnung nun doch einstimmig angenommen. Der Druck aus den eigenen Reihen auf unseren LK-Präsidenten wurde doch zu groß und auch der Herr Präsident stimmte jetzt unserem Antrag zu.

Kommt eine A2-Milch?

Was ist eine A2-Milch? Auch ich muss gestehen von dieser bisher keine Notiz gelesen und keine Ahnung zu haben. Erst ein sehr rühriger Kammerrat Sepp TIEFENBACHER machte uns auf das Vorhandensein dieser Milchsorte aufmerksam. – A2 ist anscheinend für einen kleinen Teil unserer Bevölkerung besser bzw. überhaupt erst verträglich, als die sogenannte A1-Milch. Es geht bei dieser Differenzierung darum, dass die A2-Milch nur von bestimmten Kühen, vielleicht auch von bestimmten Rassen, „erzeugt“ wird. Auch einzelne Zuchtstiere vererben A2-Milch und sind, für mich bemerkenswert, als „A2-Milch-Vererber“ im Stierkatalog als bereits gestestet angeführt.

Neuseeland und einige weitere Länder haben sich angeblich „ihre“ A2-Milch bereits patentieren lassen. Das allein müsste doch eigentlich Anlass genug dafür sein, dass in allen verantwortlichen Gremien, wie im LK-Milchausschuss oder in den Molkereien die Alarmglocken schrillen! Doch weit gefehlt, denn auf dieses von uns angesprochene Thema ernteten wir nur Ahnungslosigkeit und Unverständnis.

UBV stellt Antrag zu A2-Milch

Eigentlich wollen auch wir vom UBV keine weitere neue Milchsorte, aber aus unserer Sicht ist es unverantwortlich so zu tun als ob es diese A2-Milch nicht geben würde. Obwohl es intensive Untersuchungen dazu gibt, sich die Tierzucht damit befasst und Milchexportländer daraus einen finanziellen Nutzen ziehen wollen. Deshalb haben wir in der Vollversammlung den Antrag gestellt, dieses Thema im Milchausschuss zu behandeln, zu diskutieren und für die Vollversammlung aufzubereiten. – Der Antrag wurde dem Milchausschuss zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Es ist mir unklar und völlig unverständlich warum unsere Verantwortungsträger bisher dieses Thema verschwiegen haben. Aus unserer Sicht ist es deshalb unverantwortlich, weil österreichische Viehhandelsfirmen für den Export nach Holland bereits 800 Stück A2-Milchkühe suchen. Dennoch ist dies in der berufsständischen gesetzlichen Interessenvertretung kein Thema, man könnte auch sagen, es wird dort totgeschwiegen.

Sollte diese, für einen kleinen Teil der Konsumenten verträglichere, etwas andere Milch, dann als „besonders gesund“ beworben werden, dann bleibt aber die, als A1 bezeichnete Milch, im Regal liegen. „Noch gesünder“ war schon immer ein Verkaufshit. – Dabei geht es hierbei nur um jenen kleinen Personenkreis, der an Laktose-Unverträglichkeit leidet. Doch auch jetzt schon kaufen 20 % der Konsumenten regelmäßig oder zeitweise laktosefreie Lebensmittel ein, weil sie glauben, dass diese gesünder sind und besser vertragen werden.

Das ist ein Kaufverhalten auf das auch wir Produzenten, wir Milchbauern, reagieren müssen, ansonsten holt uns eine wahrscheinlich bittere Realität ein. In der Informationsgesellschaft kann nichts verschwiegen werden, ganz gleich um was es geht. Bei Nahrungsmitteln wird das besonders kritisch gesehen und danach das Kaufverhalten ausgerichtet.

Ich, Georg ESSL, wünsche als Landesobmann des UBV allen Bäuerinnen, Bauern, der bäuerlichen Jugend, all den mit der Landwirtschaft Verbundenen, frohe und besinnliche Weihnachten. Glück und Gesundheit in Haus und Hof sowie gutes Hinüberkommen ins neue Jahr.

OBERÖSTERREICH:

UBV-DEMO WEGEN WORTBRUCH

Karl Keplinger

Die Debatte über die vom Bauernbund versprochene SVB-Beitragsentlastung verfolgte Minister RUPPRECHTER auch auf der Agraria in Wels. Auf der vom UBV kurzfristig angemeldeten kleinen Demonstration zeigten die, wegen eines neuerlich erfolgten Wortbruches mit Recht verärgerten Bauern/Bäuerinnen ihren Unmut mit einem Pfeif- und Sirenenkonzert.

Trotz gelöster Eintrittskarten verhinderte ein Großaufgebot von Polizei ihren Zutritt zur Eröffnungsveranstaltung in der Festhalle. Damit sollte jegliche Kontaktnahme der Demonstrierenden mit Verantwortlichen und Festgästen verhindert werden. Die Vorgangsweise der Polizei muss man als rüde benennen.



Demonstrierende Bauern wurden von Polizei und Security von der Eröffnung ausgesperrt



Der UBV ist empört über die erfolgte Fehlinformation gegenüber der Bauernschaft und der Öffentlichkeit. So steht im ursprünglichen Regierungsübereinkommen nichts von Entlastung (Bauerngeschenk), sondern vielmehr von einer Rückzahlung bis spätestens 1.1.2019. Den Versicherungspflichtigen in die SVB wird auch nicht der volle vierte Quartalsbeitrag 2016 ersetzt, sondern davon lediglich 53 %, überdies werden bisher erhaltene 30 Mio. Euro aus der Tabaksteuer für immer aus der SVB in die Gebietskrankenkasse verschoben.

Als UBV-Landes- und Bundesobmann bezeichne ich diese seit Monaten geführte Diskussion mit immer neuen negativen Überraschungen, als eine zu Lasten der Bauernschaft. In der Öffentlichkeit stehen wir in der Auslage und der Neid wird einmal mehr gegen uns Bauern/Bäuerinnen geschürt. Dabei geht es sowieso um Bauerngelder, um Rücklagen der SVB in mir nicht bekannter Gesamthöhe, die nicht in Form von Leistungen an die Versicherten zurückgeflossen sind. Was helfen 500 bis 800 Euro für einen Teil der Bauern? Sind die anderen weniger Wert? (Diese damalige Regelung soll jetzt durch 53 % an alle ersetzt werden.)

Daher fordere ich namens des UBV, dass ALLE Bauern/Bäuerinnen fix in den Genuss des SVB-Rabattes kommen müssen. Gibt es keine Lösung für alle, dann fordere ich als „Entschädigung“ mehr Leistungen der SVB für die Versicherten. Das Geld dafür ist ja da, wie zu erfahren war. Warum fließen eigentlich nicht die hohen Rücklagen der SVB an alle ihre Versicherten zurück?

Ein weiteres Problem ist das vom Landtag zu beschließende neue Jagdgesetz. Die darin vorgesehenen Verschlechterungen für die Grundbesitzer – gegenüber dem bisher geltenden Jagdgesetz – gehen, wie man mich wissen ließ, auf einen Vorschlag von LK-Präsident ÖR Ing. Franz REISECKER zurück, der auch Vizepräsident des österreichischen Bauernbundes ist.



BAUERNBUNDFÜHRUNG OHNE BASISBEZUG

Klaus Wimmesberger

Es wäre unfair die Bauernbund-Führung und die einfachen BB-Mitglieder in einen Topf zu werfen, denn erstere hat schon lange den Zugang zu ihrer Basis verloren. Die Befürwortung des CETA-Freihandelsvertrages, obwohl mehr als 80 % der Bäuerinnen und Bauern dieses Abkommen ablehnen, spricht eine deutliche Sprache. Die Erhöhung der Einheitswerte und der SVB-Beiträge, bei

Einkommensverlusten von fast 50 % in den letzten Jahren, wurde von den neun BB-Kammerpräsidenten gefordert und umgesetzt. Auch die schmerzhafteste Kammerreform ohne Einbindung der Pflichtmitglieder durchzuziehen, spricht Bände. Die 15 BBKs auf acht zu verringern, aber 15 BBK-Obmänner zu belassen, zeigt, dass es der BB-Führung nicht um uns Bauern/Bäuerinnen geht, sondern um den Erhalt der politischen Macht.

Eine ihrem Auftrag entsprechende überparteiliche Interessenvertretung (Kammer), die sich kein Blatt vor den Mund nimmt, die endlich wieder wahrgenommen wird und sich für unseren Bauernstand nachdrücklichst und konsequent einsetzt, wird in den kommenden Jahren noch wichtiger werden.



IST DAS IN ORDNUNG?

Hannes Winklehner

Aufgrund des enormen Einkommensrückganges von über 50 % seit 2011 und der vom Landwirtschaftsminister angebotenen Entlastung bei den SVB-Beiträgen, womit verbunden aber auch 30 Mio. Euro an Rücklagen von der Bauernkrankenkasse zur Gebietskrankenkasse hin geopfert werden, machte der UBV mobil.

Mit einer angemeldeten Demo wollten wir bei der Eröffnung der AGRARIA in Wels unseren Unmut dem Minister mitteilen. Trotz erworbener Eintrittskarten, wurde uns von einem Heer von Polizisten der Zutritt in die Eröffnungshalle verwehrt. Die Polizei forderte uns auf, wir müssten uns ruhig verhalten, um nicht die Eröffnungsfeier zu stören. Nach etwa eineinhalb Stunden Verweildauer und mehrmaligem Ersuchen an die Exekutive uns den Weg freizugeben, beschimpfte uns der Einsatzleiter der Welser Stadtpolizei (ÖAAB-Obmann) mit: „Verschwindet ihr depperten Bauerndodln“. Daraufhin forderten wir ihn auf, uns seine Dienstnummer bekanntzugeben, was er aber verweigerte. Die Polizei Dein Freund und Helfer?

Haben sich das bäuerliche Demonstranten verdient? Haben die Bauern kein Demonstrationsrecht? Was liegt denn gegen den UBV vor, dass er für seine ehrenamtliche Arbeit so behandelt wird? Es ist traurig und zugleich eine Schande, wenn österreichische Staatsbürger, die maßgeblich mit ihrem Fleiß, ihrer Arbeit für Wohlstand und Wohlfühlen aller sorgen, dann so behandelt werden.

ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT GEHT ALLE AN!

Elfriede Hemetsberger



Die Weltlandwirtschaft sei dafür zuständig die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren, meinte vor Kurzem Prof. WITZKE in einem Vortrag in der LK-Linz. Österreich allein wird aber die Welternährung nicht verantworten können, sollte aber sehr wohl die eigene Ernährungssouveränität gewährleisten. Es ist erschreckend, dass wir nur bei einigen wenigen Produkten eine Überproduktion haben, bei einzelnen gerade 100 % des Bedarfes decken, aber bei vielen Produkten unterversorgt sind. Eine jüngste Untersuchung besagt, dass wir insgesamt nicht einmal 50 % des Inlandsbedarfs abdecken. Ich halte es nicht bloß für ein Thema der Bäuerinnenarbeit, mit Ernährungsthemen an die Öffentlichkeit zu gehen. Hier sind wir alle gefordert und zwar auch Politiker jeden Ranges. Es ist nicht Bäuerinnenarbeit an der Ernährungssouveränität zu arbeiten. Unsere Aufgabe ist es als Berufsstand, die österreichische Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Produkten aus Österreich zu ernähren bzw. die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

WERTGESCHÄTZTES UBV-MITGLIED IN OÖ

Vorerst all jenen, die ihren Mitgliedsbeitrag bereits eingezahlt haben, vielen Dank! Jene, die das für das heurige Jahr noch nicht machten, es nähert sich bereits sehr seinem Ende, ersuchen wir, den Mitgliedsbeitrag ehebaldigst auf das nachfolgende Konto mit Erlagschein einzuzahlen. **Bitte auf Name und Adresse nicht vergessen**, sonst können wir die Einzahlung nicht zuordnen. Überweisungen bitte an:

Sparkasse OÖ IBAN: AT92 20320321 0035 6455 BIC: ASPKAT2LXXX

Der Mitgliedsbeitrag beträgt ein Promille des landw. Einheitswertes. (Bei 30.000 EW sind das 30,- Euro.) Weil die „Unabhängige Bauernzeitung“ alle Mitglieder gratis und franko bekommen, ist der Mindest-Mitgliedsbeitrag pro Jahr 30,- Euro. – **Auch für Ortsbauernausschuss-Mitglieder ist die UBV-Mitgliedschaft verpflichtend!**

Deine E-Mail-Adresse ist uns für schnelle Infos wichtig! Gib sie uns bitte bekannt!

Herzlichen Dank für Deine Unterstützung!

LANDESVERBANDSTAG, SONNTAG 8. JÄNNER 2017

Wie immer, sind auch diesmal interessierte Nichtmitglieder herzlich eingeladen. Für UBV-Mitglieder sollte die Teilnahme selbstverständlich sein, schon im Hinblick darauf, dass diesmal der Agrarlandesrat der oö Landesregierung den Gastvortrag hält. Sein Thema lautet: „**Welche Entwicklung nehmen die bäuerlichen Betriebe in OÖ**“. Es ist ein hochaktuelles und sicherlich interessantes Thema, das vielleicht Aufschluss darüber gibt, was man von der Landwirtschaft in Hinkunft – für die Zunkunft – erwartet. Wohin die Reise der bäuerlichen Landwirtschaft geht. (Allfällige Fragen an LR HIEGELSBERGER können sowohl vorher schriftlich, als auch in der Diskussion gestellt werden).

Folgende Tagesordnung:

1. Begrüßung	5. Mitgliederehrung
2. Berichte des Vorstandes	6. Gastvortrag LR HIEGELSBERGER
3. Bericht des Kassiers	7. Diskussion
4. Entlastung des Kassiers	8. Allfälliges

STEIERMARK:

WUNSCHKONZERT DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMER

Die Führung der steiermärkischen Landwirtschaftskammer hat also nun ein Vorhabenspaket für den Bauernstand präsentiert, wie man das Zusperrern von weiteren 35.000 Betrieben stoppen will. Für uns ist das ein Wunschkonzert der LK mit 250 Leuchtturmprojekten. Nur zur Erinnerung: Allein in den letzten 15 Jahren (als EU-Mitgliedsland) haben knapp 35.000 steirische Betriebe ihre Stalltüren, ihre Tore zugesperrt, oder ihre Bewirtschaftung eingestellt. Es ist durchaus sinnvoll, wenn man als Standesvertretung versucht, neue Wege für die Bauernschaft zu finden!

Nur Nebenschauplätze – nicht Brennpunkte

Das Problem an der ganzen Sache aber ist, dass man sich auf Nebenschauplätze hinbegibt und nicht dorthin geht wo der Hut brennt, wo es weh tut. Das erinnert an ein Fußballspiel, wo man als Stürmer den Strafraum meidet, sich als Verteidiger nicht um das Verteidigen kümmert bzw. als Tormann mit Schmäherparaden glänzen will. Die aufgezeigten Lösungsansätze erinnern daher mehr an ein Märchenbuch, denn an ernsthafte, nachhaltige Lösungen, taugen höchstens für einzelbetriebliche Ansätze.

Einige Beispiele für solche Nebenschauplätze:

1. 50 % der Schweineställe sollen sehr tierfreundlich sein! – Man fragt sich, warum denn nicht alle? Es gehört doch zum Grundverständnis jedes Bauern, jeder Bäuerin bzw. Tierhalters, dass er bestmögliche Rahmenbedingungen für die Tierhaltung schaffen will. Aber es muss generell auch eine Chance geben, dass man überhaupt noch sinnvoll Tierhaltung betreiben kann! Der Hinweis auf tierfreundliche Schweineställe ist eine Ablenkung vom kompletten Versagen bei der Bau- und Umweltgesetzgebung. Weil man ja derzeit gar keine Stallungen, egal in welcher Form bauen, geschweige denn eine wirtschaftliche Tierhaltung noch praktizieren, umsetzen kann. Das gilt jedenfalls für die Schweinehaltung.

Im Zusammenhang mit der Frage einer Geruchsbelästigung muss man hier die Grundsatzfrage stellen: „Ist eigentlich noch allgemein bekannt, dass Tierhaltung auch mit einer Geruchsbelästigung einhergeht? Und ist auch allgemein bekannt und man sich bewusst, dass, wenn ich in einer Ortschaft 50 Schweinebauern mit je 400 Schweinen habe, am Ende diese Belastung gleich groß ist, wie wenn ich auf 10 Betrieben je 2.000 Schweine füttere?“

Will man sich schließlich vermehrt mit der Frage der Geruchsentwicklung oder -belästigung intensiver auseinandersetzen, dann ist schon auch die Frage zu stellen: „Ja was hat denn die Bauernvertretung zu diesem Thema wirklich gemacht?“ Das alles erinnert an Agieren mit Schlaftabletten!

2. **Mehr Urlaub am Bauernhof und Therapiehöfe:** Das ist so ein Klassiker der Agrarpolitik in unserem Land. Ist man seitens der Regierung nicht imstande oder gar nicht willens, die agrarpolitischen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass man als bäuerlicher Betrieb wettbewerbsfähig ist und bleibt, dann wird die Erwerbskombination Urlaub am Bauernhof, Therapiehof oder die Direktvermarktung beschworen. Dabei macht man diese zusätzliche Spezialisierung auch Jahr für Jahr schwieriger und teurer. Man flüchtet also auch hier auf Nebenschauplätze, will den Betrieben Zusätzliches, Teures und Risikoreiches aufzwingen, um von den eigentlichen Problemfeldern abzulenken.
3. **Lebensmittel als Heilmittel etablieren:** Liest man diesen Teil der Leuchtturmprojekte, dann ergibt sich unweigerlich die Frage: „Welche ‚Leuchten‘ sind denn zu dieser leuchtenden Empfehlung an die Bauernschaft gekommen? Will man damit etwa sagen, dass die bisher erzeugten Nahrungsmittel nicht gesund waren, oder sind? Wer stellt eigentlich seitens der Bauernvertretung einen derartigen markt- und absatzgefährdenden Ansatz in den Raum?“

Antworten auf aktuell brennende Fragen?

Wo sind die Antworten auf die aktuell brennenden Fragen der Bauernschaft? Uns ist bewusst, dass die Bauernbundmacher und damit die Kammerführung nun wieder auf beleidigt spielen werden, weil man dieses Leuchtturmdenken kritisch hinterfragt. Aber all das sollte uns doch eigentlich aus der schon Jahre andauernden existenziellen Krise herausbringen. Bald – ehe es für weitere tausende bäuerliche Betriebe zu spät ist.

Denn Tatsache ist, dass wir als aktive Bäuerinnen und Bauern einen derart großen Berg an agrarpolitischen Fehlentwicklungen und Problemen vor uns liegen haben, die man mit keiner Silbe erwähnt, um den abzubauen, man aber keinen konkreten Vorschlag auf den Tisch legt. Deshalb müssen wir ganz ungeschminkt die Fragen stellen:

- ❖ Warum verweigert sich die Bauernvertretung diesen Fragestellungen?
- ❖ Warum ist man nicht bereit, nicht willens – wir wiederholen uns hier – zu diesen konkreten Fehlentwicklungen bei den Rahmenbedingungen Stellung zu beziehen?
- ❖ Warum stellt man sich nicht endlich auf die Seite der Bauern, hinter den Berufsstand, wo die Überlebens-Chancen immer geringer werden?

Nur Rosstäuscherei und Ablenkung?

Was man jetzt versucht ist für uns plumpe Rosstäuscherei. Ein Ablenkungsmanöver, um von den eigentlichen, den zentralen Fragestellungen des Bauernstandes abzulenken! Man hat fast den Eindruck, da sei man in einer Wohlfühl-Oase bei Kuchen und Kaffee beisammengesessen und hat sich gegenseitig erklärt, wie schön die Welt doch ist. Man hat sich beim Programmerstellen so, wie beim Schreiben eines Briefes an das Christkind, die Welt in den schönsten Farben ausgemalt.

Wie anders wäre es sonst möglich, dass man schreibt: „...um Wege zu finden, damit die noch existierenden Bauern auch nach 2030 noch eine gedeihliche wirtschaftliche Grundlage finden.“ Sehr geehrte Kammerführung, ihr könnt Euch jeden Leuchtturm sparen, denn wenn's so weitergeht wird 2030 nicht einmal eine Kerze brennen.

Das brennt, vertreibt die Bauern

Wenn wir als steirische Bauern und Bäuerinnen eine gedeihliche Zukunft haben sollen, dann brauchen wir keine Kerzen oder Leuchttürme, sondern ganz konkret:

Eine Reform der Bauordnung und der Umweltgesetzgebung:

Und die braucht es sofort, damit wir wieder Ställe bauen können. Die Bauern/Bäuerinnen sind bereit alle Standards zu erfüllen – auch über die Norm – wenn sie von ihrem Einkommen auch wirtschaftlich nachhaltig leben können. Das heißt, dass wir auch Betriebsgewinne erwirtschaften müssen.

Einen fairen Wasserwirtschaftsplan:

Wir brauchen – sofort – einen gesamtsteirischen Wasserwirtschaftsplan und nicht das Diktat von Wasserlobbyisten, die den Bauern den Ackerbau und die Tierhaltung verbieten wollen, wie dies am Beispiel des „Regionalprogramms von Graz bis Radkersburg“ ersichtlich ist.

Marktsteuerung und Regeln:

Wir brauchen – sofort – faire Spielregeln mit Marktsteuerung und nicht Kerzen, die uns den Weg in einige Marknischen ausleuchten sollen. Wir leben in erster Linie von Märkten und nicht von esoterischen Zaubereien oder Nischenprodukten. Nische heißt Nische und ist nur für wenige eine echte Einkommens-Chance.

Der Großteil der Betriebe wird sich immer mit den Hauptproduktionsparten beschäftigen. Das sind nun einmal die Tierhaltung mit Rind, Schwein, Geflügel oder Schafen, weiters Acker-, Gemüse-, Obst- und Weinbau, mit Sonderkulturen sowie Erwerbsskombinationen wie Direktvermarktung oder Urlaub am Bauernhof. – Doch jede dieser Sparten braucht umsetzbare, das heißt praxisnahe, faire Rahmenbedingungen und damit Wettbewerbsgleichheit. Die gibt es schon seit Langem nicht.

Stoppt das Russlandembargo:

Wir brauchen ehestens ein Ende des Russland-Embargos das allein der Landwirtschaft jährlich hunderte Millionen kostete, die beinahe schon den Agrarbudgets entsprechen. Boykottierte Russlandmärkte sind verlorene Märkte – auf immer. In diesem Zusammenhang wiederholen wir die Forderung des UBV auf kompletten Ausgleich des Einkommensentfalls der heimischen Landwirtschaft aus Bundesmitteln. Denn diese, für die Landwirtschaft sehr kostspielige Entscheidung, ist unseres Erachtens ein Fehlverhalten der Bunderegierung eines neutralen Staates.

Korrektur der Steuerreform, der Steuerleistung auf Basis echten Einkommens:

Jeder Berufsstand zahlt Steuern auf Grundlage seines tatsächlichen Einkommens. Die Bäuerinnen und Bauern, die Betriebsführer stehen schon wieder vor saftigen Steuererhöhungen, obwohl ihr Einkommen seit Jahren unentwegt sinkt. Obwohl die Bauerneinkommen dramatisch auf Talfahrt sind, befinden sich die Steuererhöhungen auf Steigflug. Das muss geändert werden – umgehend. Können wir dies von einem ÖVP-Finanzminister nicht erwarten?

Stoppt den Bürokratismus, die Verwaltungsflut:

Die schon seit Jahren angekündigte, x-mal versprochene Verwaltungsreform brauchen auch wir in der Landwirtschaft. Sie verschlingt täglich immer mehr Arbeitszeit, die eigentlich notwendigerweise und wesentlich sinnvoller im Betrieb einzusetzen wäre. Auch das macht unsere eigentliche Funktion das Land zu bewirtschaften immer schwieriger, die Produktion teurer und führt nicht selten zum Zusperrern des Betriebes.

Wir brauchen Exportmärkte...

...wenn wir aus dem Inlandsmarkt hinausgedrängt werden. Je mehr erzwungene stark einseitige Agrarproduktion, desto notwendiger werden Exportmärkte. Speziell dann, wenn (die über lebensnotwendige) „Ernährungssouveränität als nicht mehr notwendig erachtet wird“. **Dringst notwendig wäre ein striktes Dumpingverbot**, das just für die Landwirtschaft nicht, oder nur stark, verwässert Anwendung fand und findet.

Schutz des Arbeitsplatzes Bauernhof:

Der Bauernhof ist ein zentraler Arbeitgeber im ländlichen Raum. Zigtausende Arbeitskräfte könnten hier noch beschäftigt werden, wären eigentlich notwendig, wenn dies der Betriebserfolg zulassen würde. Es gilt deshalb darüber nachzudenken, wie man die Arbeitsplätze am Hof erhalten bzw. vorhandene „nützen“ kann. Auch aus Sicht hunderttausender Arbeitsloser und zehntausender Flüchtlinge, ein gewiss nicht nachrangiges Thema. Dabei spielt der ungebremste Strukturwandel genauso eine besondere Bedeutung, wie die diskriminierte Qualitätsarbeit auf den Bauernhöfen. Vom AMS vermittelte Arbeitslose lassen sich in der Regel das „Dagewesensein“ bestätigen, aber das war es dann auch schon. Inländische Mitarbeiter am Bauernhof – eine Fehlannonce. Dabei ist die körperliche Schwerarbeit von einst, ausgenommen saisonale Arbeitsspitzen, schon lange Vergangenheit. Auch der Kollektivvertrag für landwirtschaftliche Mitarbeiter ist durchaus herzeigbar. Alle schwärmen von Arbeit in der Natur, von der so gesunden Luft und dergleichen mehr, aber machen will sie keiner und keine. **Nicht wenige Hofnachfolger scheuen berechtigterweise vor verantwortungsvoller Qualitätsarbeit am Hof zurück, weil jede Aussicht auf einen angemessenen finanziellen Erfolg ausbleibt.** So müssen sich viele, die am Hof einen gesicherten Arbeitsplatz hätten, einen besseren, einen entsprechend bezahlten „anderen“ Arbeitsplatz suchen. Wir sehen darin eine ruinöse Entwicklung die ehestens einer grundlegenden Reform der Bewertung bäuerlicher Arbeit bedarf.

Es geht dabei nicht nur – ohnehin schon schlimm genug – um den wirtschaftlichen Fortbestand der Bauernhöfe, sondern auch um den ländlichen Raum insgesamt sowie um die problembehaftete starke Zuwanderung in die Ballungszentren. Statistisches Material dazu gibt es im Überfluss.

Außer Lippenbekenntnissen gibt es aber nichts, was rasch und nachhaltig zur Stärkung des ländlichen Raumes und Minderung der dortigen Probleme führt. Nach wie vor werden landwirtschaftliche Nutzflächen, trotz aufgezeigter massiv negativer Konsequenzen vergeudet, verbaut, versiegelt und versiedelt. Dutzende Regionen sind bereits sichtbare Beispiele für diese Art von völlig falscher Politik. „Stirbt der Bauer, stirbt das Land“ ist noch immer ein bedenkenswerter Wahrspruch.

Es braucht Lösungen – keine Versprechen(r):

Es sprengt den Rahmen jeglicher Information, wollte man all die nicht behandelten Brennpunkte des Bauernstandes aufzählen. So groß und hell können aber „Leuchttürme“ gar nicht sein und strahlen, um die vielen Brandherde, welche täglich Bauern und Bäuerinnen zum Aufgeben zwingen, zu überstrahlen. Genau das sind nämlich unsere Kernprobleme. Es scheint so, als hätte man die eingeladenen „Leuchtturmbauern“, lauter Funktionäre des Bauernbundes, darauf eingeschworen, den Weg der Vernichtung von Arbeitsplätzen auf den Bauernhöfen zu verteidigen. Eine echte, wirksame Bauernvertretung besteht aber nicht aus Absichtserklärungen, sondern aus – mitunter auch täglichem – Kampf um die Erhaltung der Existenzen des Berufsstandes. Das scheint aber in der Steiermark nicht mehr der Fall zu sein! Daher braucht es dringendst eines Paradigmenwechsels, weg von der geradezu präpotenten Selbstlobhudelei, von leeren Versprechen und Ablenkungsmanövern, hin zu ganz konkreten echten Lösungen (Lösungsansätzen) für die vorhandenen Probleme. Alles andere ist direkt herausgesagt, nur eine Verarschung des Bauernstandes.

ILSINGER U. A.

PS: Das LK-Steiermark-Projekt heißt: „Leuchtturmprojekt Landwirtschaft 2020/30“.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit trete ich dem „**Österr. Unabhäng. Bauernverband**“, Landesverband _____ bei.

Vor- und Zuname: _____ geb. am: _____

Hausname: _____ Wohnort: _____

Post: _____ Tel/Fax/E-Mail: _____

Land- u. Forstw.

Einheitswert: _____ Datum: _____ Unterschrift: _____

Ich erhalte die „**Unabhäng. Bauernzeitung**“ (**UBZ**) **kostenlos** (nach Einzahlung von mindestens 30,- Euro/Jahr).

Bitte einsenden aus: NÖ + Bgl. + Wien **an:** Hubert Buchinger, Wiese Höhe 45, 3340 Waidhofen/Ybbs
OÖ + Krnt. + Vrbg. **an:** Christine Grüneis, Kriegen 1, 4761 Enzenkirchen
Salzburg + Tirol **an:** Simon Klausner, Girlingstraße 4, 5161 Elixhausen
Steiermark **an:** Johann Ilsinger, Erlsbach 14, 8953 Donnersbach

WWW.UBV.AT
OFFICE@UBV.AT